

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35

**Deutschland wieder in Ordnung bringen.**

**Bayern stark in Deutschland.**

**Unsere Bayern-Agenda zur Bundestagswahl 2025**

**Inhaltsverzeichnis**

I. Richtungswechsel für Deutschland..... 2

II. Für ein starkes Bayern in Deutschland – Bayern-Benachteiligung beenden ..... 3

III. Unsere Agenda für Deutschland und Bayern ..... 4

    Für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze..... 4

    Für niedrigere Steuern und ein leistbares Leben ..... 5

    Für einen gerechten Sozialstaat und sichere Renten ..... 5

    Für einen Stopp der illegalen Migration..... 6

    Für Recht und Ordnung in Deutschland..... 7

    Für eine verteidigungsfähige Bundeswehr und eine starke Rolle Deutschlands..... 8

    Für eine bezahlbare, sichere und saubere Energieversorgung ..... 9

    Für eine starke heimische Landwirtschaft..... 10

    Für die Unterstützung und den Schutz von Familien..... 10

    Für eine Hightech-Agenda für Deutschland ..... 11

    Für bezahlbares Wohnen und Mobilität für alle ..... 12

    Für gute Gesundheit und Pflege in Stadt und Land ..... 12

    Für unsere Werte, Traditionen und das Ehrenamt statt linke Ideologie ..... 13

## 36 I. Richtungswechsel für Deutschland

37

38 Deutschland steht im Jahr 2025 deutlich schlechter da als es 2021 von der Ampel übernommen  
39 wurde. Steigende Preise für die Menschen, ein historischer wirtschaftlicher Abschwung, eine  
40 ideologiegetriebene Energiepolitik, das leistungsfeindliche sogenannte „Bürgergeld“, die un-  
41 kontrollierte Migration und eine kopflose Außenpolitik haben Deutschland massiv geschadet.

42 Wir in Bayern stemmen uns entschlossen gegen diesen Negativtrend. Bayern ist weiterhin  
43 das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, dem höchsten Haushaltseinkommen und der  
44 geringsten Kriminalität. Wir sind ein starkes Land, das wirtschaftliche Herz Deutschlands mit  
45 vielen fleißigen Menschen und innovativen Unternehmen, aber auch Bayern kann sich dem  
46 Ampel-Abwärtsstrudel nicht vollständig entziehen. Denn drei Jahre Ampel-Regierung waren  
47 auch drei Jahre der Benachteiligung für Bayern.

48 Es ist Zeit, dass sich was ändert. Deutschland braucht nicht nur einen grundlegenden Politik-  
49 wechsel, sondern einen echten Richtungswechsel. Eine geistig-moralische Wende. Wir müs-  
50 sen uns wieder auf unsere traditionellen Tugenden wie Fleiß, Leistung und Pünktlichkeit kon-  
51 zentrieren statt auf ideologische Projekte. Wir müssen Deutschland wieder in Ordnung brin-  
52 gen und Bayern stark machen.

53 Wir als CSU haben für Deutschland und Bayern klare Ziele: Wir wollen unsere Wirtschaft för-  
54 dern und Leistung wieder stärker belohnen. Wir wollen den Industriestandort Deutschland  
55 mit seinen Arbeitsplätzen erhalten und das Leben der Menschen wieder bezahlbarer machen.  
56 Wir wollen die illegale Migration stoppen und die Sicherheit in Deutschland wieder deutlich  
57 verbessern. Und wir wollen die Bundeswehr stärken und Deutschlands internationales Anse-  
58 hen wiederherstellen.

59 Die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 ist nach drei Jahren gescheiterter Ampel-Regierung  
60 eine echte Chance für einen Neuanfang. Dieser Neuanfang geht nur mit einer möglichst star-  
61 ken Union. Das geht nur mit einer maximal starken CSU. Die CSU ist die einzige und die kraft-  
62 volle Stimme Bayerns in Deutschland. Nur eine starke CSU kann die verfehlte Politik der Am-  
63 pel-Regierung für Bayern korrigieren.

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

## 75 II. Für ein starkes Bayern in Deutschland – Bayern-Benachteiligung beenden

76

77 Statt das ganze Land zu stärken, schwächt die Ampelpolitik Bayern und damit das Leistungs-  
78 herz Deutschlands. Hiermit ist jetzt Schluss. Für uns ist klar: Wir wollen Deutschland wieder  
79 in Ordnung bringen und Bayern dabei stärken. Diese Bayern-Benachteiligungen werden wir  
80 im Sinne aller Bayern beheben:

81

82 • **Reform des Länderfinanzausgleichs:** Die Bund-Länder-Finzen müssen grundlegend  
83 auf neue FüÙe gestellt werden. Es braucht eine deutliche Reduzierung der Zahlungen  
84 Bayerns in den Länderfinanzausgleich und einen neuen Berechnungsmechanismus. Bay-  
85 ern hat inzwischen 117 Mrd. Euro eingezahlt, aber nur 3,4 Mrd. Euro erhalten und trägt  
86 mittlerweile mit neun Mrd. Euro die Hälfte des jährlichen Ausgleichsvolumens. Das ist  
unfair und muss sich ändern.

87

88 • **Regionalisierung der Erbschaftsteuer und Erhöhung der Freibeträge:** Durch die über-  
89 durchschnittlichen Immobilienpreise in Bayern werden Bayerns Bürger bei der Erb-  
90 schaftsteuer benachteiligt. Zukünftig muss die Gesetzgebungshoheit dort liegen, wo  
auch die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer landen: allein bei den Ländern.

91

92 • **Keine kommunale Altschuldenübernahme durch den Bund:** Bayern und seine Kommu-  
93 nen dürfen nicht für ihre solide Haushaltsführung bestraft werden und die Versäumnisse  
von Kommunen aus anderen Bundesländern ausbaden müssen.

94

95 • **Orientierung am Grundsatz der Konnexität - wer bestellt, bezahlt:** Wer eine Leistung  
96 veranlasst oder ausweitet, muss für ihre Finanzierung aufkommen. Dies gilt besonders,  
97 wenn Bundesgesetze oder andere Maßnahmen des Bundes bei den Ländern und Kom-  
munen zu Mehrausgaben führen.

98

99 • **Förderung und Bau von Gaskraftwerken in und für Bayern:** Zur Sicherstellung der  
100 Stromversorgung bei Dunkelflauten mit wenig Strom aus Erneuerbaren Energien muss  
101 der Bund auch in Bayern rasch neue Gaskraftwerke bauen. Die Versorgungssicherheit  
der industriellen Zentren und Bürger in Bayern muss garantiert werden.

102

103 • **Schneller Anschluss Bayerns an das Wasserstoffnetz:** Der Bund muss schnell dafür sor-  
104 gen, dass auch Bayern als industrielles Kernland an das Wasserstoffnetz angeschlossen  
105 wird. Dazu braucht es einen Anschluss von Süden her. Eine Benachteiligung Bayerns  
schadet auch in diesem Fall ganz Deutschland.

106

107 • **Erhalt einer einheitlichen Strompreiszone in Deutschland:** Unterschiedliche Strompreis-  
108 zonen würden nicht nur Bayern benachteiligen, sondern ganz Deutschland schwächen.  
109 Es darf nicht sein, dass der Strom dort zusätzlich verteuert wird, wo er von der Industrie  
110 am dringendsten gebraucht wird. Das vernichtet Arbeitsplätze und führt zur Komplettab-  
wanderung der Industrie aus Deutschland.

111

112 • **Förderung aller Erneuerbaren:** Eine einseitige Fokussierung der Förderung der Erneuer-  
113 baren zu Gunsten der Wind- und Sonnenenergie macht die Energiewende teuer und inef-  
114 fizient und benachteiligt Bayern. Die grundlastfähigen Erneuerbaren wie Wasserkraft,  
115 Biomasse oder Geothermie müssen zukünftig besser gefördert werden. Der Weiterbe-  
116 trieb von Biogas- und Photovoltaikanlagen nach der gesetzlichen Vergütungsdauer muss  
attraktiver gestaltet werden.

117

118 • **Erhalt des Bildungsföderalismus:** Mit uns wird es keine Absenkung des bayerischen Bil-  
dungsniveaus durch Zentralisierungsbestrebungen aus Berlin geben.

- 119 • **Abschaffung des Ampel-Wahlrechts.** Die Verkleinerung des Bundestages ist richtig, nicht  
120 aber die Schwächung des Direktmandats. Klar ist: Wer ein Direktmandat gewinnt, muss  
121 auch in den Bundestag einziehen. Deshalb werden wir dieses Wahlrecht wieder rückgän-  
122 gig machen. Das Ampel-Wahlrecht ignoriert den föderalen Charakter unserer Bundesre-  
123 publik und benachteiligt damit Bayern. Denn ganze Wahlkreise könnten ohne regionalen  
124 Abgeordneten bleiben.

125  
126

### 127 **III. Unsere Agenda für Deutschland und Bayern**

128

#### 129 **Für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze**

130 Die Ampel-Regierung hinterlässt nach drei Jahren Regierungszeit einen wirtschaftlichen  
131 Scherbenhaufen. Deutschland ist Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum unter allen OECD-  
132 Industriestaaten. Es braucht jetzt einen neuen Aufschwung für mehr Wettbewerbsfähigkeit  
133 mit niedrigeren Steuern und weniger Bürokratie für unsere Unternehmen. Nur so kann unsere  
134 Wirtschaft wieder wachsen, können Arbeitsplätze erhalten und Wohlstand gesichert werden.  
135 Dabei setzen wir neben wettbewerbsfähigen Industrieunternehmen besonders auch auf ein  
136 starkes Handwerk und einen innovativen Mittelstand.

- 137 • Senkung der Unternehmenssteuerbelastung auf einbehaltene Gewinne auf 25 Prozent.  
138 • Abschaffung des restlichen Solidaritätszuschlags.  
139 • Verbesserung der Verlustverrechnungen und der Abschreibungen durch Aktualisierung  
140 der AfA-Tabellen.  
141 • Einführung von Turboabschreibungen mit Steuerbonus für erfolgreiche Unternehmen für  
142 schnelle Wachstumsimpulse.  
143 • Massiver Abbau von Bürokratie durch Entrümpelungsgesetze („one in – two out“), Büro-  
144 kratie-Checks, Erhöhung von Schwellenwerten für öffentliche Aufträge sowie eine Redu-  
145 zierung von Statistikpflichten und Doppelstrukturen.  
146 • Abschaffung des Verbandsklagerechts auf EU- und Bundesebene.  
147 • Abschaffung der EU-Taxonomie, des deutschen Lieferkettengesetzes und Umbau des  
148 Green Deals hin zu einem Growth-Deal.  
149 • Einführung eines Gesetzes gegen Draufsatteln („Anti-Gold-Plating-Gesetz“) zur Verhinde-  
150 rung der nationalen Übererfüllung von europäischem Recht.  
151 • Gewinnung von ausländischen Fachkräften durch eine digitale „Work-and-Stay-Agentur“  
152 zur Anwerbung, Arbeitsplatzvermittlung und einfacheren Bescheinigung aus einer Hand.  
153 • Erhalt der Automobilindustrie als Leitindustrie durch die Abschaffung des Verbrenner-  
154 Verbots, einer Entschärfung der Flottengrenzwerte und der Verhinderung von EU-Straf-  
155 zahlungen.  
156 • Förderung der E-Mobilität durch einen effektiven Ausbau der Ladeinfrastruktur, der Ein-  
157 führung eines vergünstigten Ladestrompreises und einer neuen E-Mobilitätsprämie.  
158 • Unterstützung der Automobilzulieferer durch einen Transformations- und Modernisie-  
159 rungsfonds nach bayerischem Vorbild.  
160 • Reduzierung der übermäßigen Belastungen durch CO2-Preis und CO2-Zuschlag im Trans-  
161 portgewerbe.

- 162 • Modernisierung des Arbeitsrechts durch die Einführung einer Flexi-Woche mit einer wö-  
163 chentlichen Höchstarbeitszeit statt einer täglichen.  
164

### 165 **Für niedrigere Steuern und ein leistbares Leben**

166 Die massive Inflation und die dadurch steigenden Preise der vergangenen Jahre haben das  
167 Leben für viele Menschen teurer und schwerer gemacht. Der Eindruck, dass sich Fleiß und  
168 Leistung nicht mehr lohnen, verstärkt die Unzufriedenheit. Es braucht breite Entlastungen  
169 für die Menschen, um das Leben wieder bezahlbarer zu machen und ein klares Bekenntnis:  
170 Wer mehr leistet, muss sich auch mehr leisten können. Immer mehr Schulden lösen dieses  
171 Problem nicht, denn die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.

- 172 • Entlastung von Einkommen durch die Abflachung des Einkommenssteuertarifs und einer  
173 Erhöhung des Grundfreibetrags sowie der Erhöhung der Einkommensgrenze für den  
174 Spitzensteuersatz.
- 175 • Verhinderung von zusätzlichen Belastungen beim Arbeitseinkommen durch eine regel-  
176 mäßige Anpassung des Einkommenssteuertarifs an die Inflation.
- 177 • Einführung von steuerfreien Überstundenzuschlägen.
- 178 • Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent.
- 179 • Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie für Speisen und Getränke auf dauerhaft  
180 sieben Prozent.
- 181 • Bekenntnis zur grundgesetzlichen Schuldenbremse als Bremse für Staatsausgaben und  
182 zukünftige Steuererhöhungen.
- 183 • Schutz der deutschen Sparer durch eine Ablehnung der Haftung Deutschlands für die  
184 Schulden anderer europäischer Länder.  
185

### 186 **Für einen gerechten Sozialstaat und sichere Renten**

187 Unser Staat unterstützt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Zugleich gilt: Wer arbeiten  
188 kann, muss auch arbeiten und darf nicht auf Kosten der Gemeinschaft leben. Bei der Rente  
189 ist für uns klar: Mit der CSU wird es keine Rentenkürzungen geben, sondern einen klaren Fo-  
190кус auf wirtschaftliches Wachstum für weiter steigende Renten.

- 191 • Gleiche Wertschätzung und Anerkennung für alle Mütter durch die Vollendung der Müt-  
192 terrente mit drei Rentenpunkten für alle, unabhängig vom Geburtsjahrgang der Kinder.
- 193 • Ablehnung von Rentenkürzungen und Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums für ein  
194 stabiles Rentenniveau, stabile Beiträge und weiterhin steigende Renten.
- 195 • Klares Festhalten an den bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Renteneintrittsal-  
196 ter und für besonders langjährig Versicherte.
- 197 • Einführung einer Aktivrente: Wer über das gesetzliche Rentenalter hinaus freiwillig wei-  
198 terarbeiten möchte, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei.
- 199 • Etablierung einer Frühstart-Rente als individuelles, kapitalgedecktes und privatwirt-  
200 wirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot mit einer Förderung für jedes Kind vom 6.  
201 bis zum 18. Lebensjahr von 10 Euro pro Monat zur Bildung eines Startvermögens für die  
202 private Altersvorsorge.

- 203 • Abschaffung des sogenannten „Bürgergelds“ und Einführung einer Neuen Grundsicherung, die streng dem Prinzip von „Fördern und Fordern“ folgt. Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs, Verkürzung der Karenzzeiten und Möglichkeit der vollständigen Streichung der Sozialleistungen bei beharrlicher Verweigerung der Arbeitsaufnahme.
- 204
- 205
- 206
- 207 • Bekenntnis zum gesetzlichen Mindestlohn bei einer starken unabhängigen Mindestlohnkommission.
- 208
- 209

## 210 **Für einen Stopp der illegalen Migration**

- 211 Deutschland ist durch die unkontrollierte Zuwanderung überfordert – und zwar nicht  
 212 nur im Hinblick auf Kitas, Schulen und Wohnraum, sondern auch kulturell und bei der  
 213 Sicherheit. In vielen deutschen Städten fühlen sich die Menschen teilweise nicht  
 214 mehr zu Hause und sorgen sich um ihre Sicherheit. Die Wahrheit ist: Es ist uns über  
 215 den Kopf gewachsen, der Zuzug ist zu viel und nicht mehr stemmbar. Ein Stopp der illegalen  
 216 Migration ist dringend nötig.
- 217 • Änderung des Grundrechts auf Asyl durch eine Umstellung von einem individuell einklagbaren Recht auf eine objektive Garantie auf Asyl. Der individuelle Klageanspruch von jedem, der nach Deutschland kommt, muss entfallen.
  - 218
  - 219
  - 220 • Abschaffung des subsidiären Schutzstatus und Rückkehr zum Geist der Genfer Flüchtlingskonvention.
  - 221
  - 222 • Einführung des Drittstaaten-Modells: Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden, dort sein Verfahren durchlaufen und dort bei Bedarf Schutz finden.
  - 223
  - 224
  - 225 • Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte und Beendigung aller freiwilligen Aufnahmeprogramme.
  - 226
  - 227 • Faktischer Einreisestopp von illegalen Migranten durch Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen und konsequente Zurückweisungen.
  - 228
  - 229 • Stärkung der rechtlichen und technischen Möglichkeiten der Polizei zur Verhinderung illegaler Einreisen.
  - 230
  - 231 • Beschleunigung von Asylverfahren und Rückführungen durch zentrale Verfahren, Ausweitung der sicheren Herkunftsländer, Rücknahmeabkommen mit zentralen Herkunftsländern und Bundesausreisezentren.
  - 232
  - 233
  - 234 • Begrenzung von Gerichtsverfahren zur Überprüfung von Asylentscheidungen auf das verfassungsrechtliche Minimum.
  - 235
  - 236 • Null Toleranz gegenüber Straftätern und Gefährdern: Wer ein Verbrechen begeht, muss unser Land umgehend verlassen. Bei Straftätern, die Freiheitsstrafen verbüßen, muss in diesen Fällen die Abschiebung aus der Strafhaft heraus erfolgen. Wer nicht abgeschoben werden kann, muss in diesen Fällen in unbefristete Abschiebehaf genommen werden können.
  - 237
  - 238
  - 239
  - 240
  - 241 • Klarer Fahrplan für Syrer in Deutschland: Straftäter sofort abschieben, freiwillige Rückkehr unterstützen, Abschiebemaßnahmen für Rückkehrverweigerer vorbereiten und Bleibeperspektiven für gut integrierte und ihren Lebensunterhalt dauerhaft selbst verdienende Syrer schaffen.
  - 242
  - 243
  - 244
  - 245 • Knüpfung des Bleiberechts an auskömmliches Einkommen, keine Einwanderung in unsere Sozialsysteme. Voraussetzung für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in Deutschland muss die selbständige Sicherung des Lebensunterhalts sein.
  - 246
  - 247

- 248 • Reduktion der Sozialleistungen für Ausreisepflichtige auf den Grundsatz „Bett, Brot und
- 249 Seife“ sowie steter Vorrang von Sachleistungen vor Geldleistungen im Asylbewerberleis-
- 250 tungsgesetz.
- 251 • Deutschlandweite restriktive Umsetzung der Bezahlkarte und Verhinderung von Miss-
- 252 brauch.
- 253 • Kein Bürgergeld mehr für neu ankommende Ukrainer, sondern Leistungen nach dem
- 254 Asylbewerberleistungsgesetz.
- 255 • Abschaffung des Ampel-Staatsbürgerschaftsrechts mit Expressseinbürgerungen und der
- 256 generellen Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft. Einbürgerung darf es erst
- 257 nach acht Jahren und nur bei guter Integration, Straffreiheit und selbstständiger Siche-
- 258 rung des Lebensunterhalts geben.
- 259

## 260 **Für Recht und Ordnung in Deutschland**

- 261 Das Sicherheitsgefühl in Deutschland hat sich deutlich verschlechtert. Die Zahl der Strafta-
- 262 ten steigt – insbesondere auch durch ausländische Täter. Recht und Ordnung sowie der
- 263 Schutz der Unversehrtheit der Bevölkerung sind Voraussetzung für Freiheit. Für uns gilt des-
- 264 halb im Kampf gegen Kriminalität eine Null-Toleranz-Strategie. Wer sich nicht an Recht und
- 265 Gesetz hält, muss umgehend und spürbar bestraft werden. Dazu brauchen unsere Sicher-
- 266 heitsbehörden volle politische Rückendeckung und alle zeitgemäßen rechtlichen und techni-
- 267 schen Möglichkeiten.
- 268 • Ausbau des Videoschutzes an öffentlichen Plätzen und Etablierung von Systemen zur au-
  - 269 tomatischen Gesichtserkennung zur Identifizierung von Tätern.
  - 270 • Nutzung von KI-gestützten polizeilichen Recherche- und Analyseplattformen.
  - 271 • Speicherung der IP-Adressen zur Aufklärung von schweren Straftaten wie Terrorismus
  - 272 und sexueller Gewalt – Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.
  - 273 • Personeller Aufwuchs der Bundespolizei zum Schutz der Bevölkerung und Stärkung der
  - 274 Nachrichtendienste durch rechtliche und technische Kompetenzen zur Onlinedurchsu-
  - 275 chung und Quellen-TKÜ.
  - 276 • Abschaffung des Polizeibeauftragten des Bundes – er ist Symbol des linken Misstrauens
  - 277 gegenüber unseren Polizisten.
  - 278 • Abschaffung des gefährlichen Cannabis-Gesetzes der Ampel.
  - 279 • Prüfung der Herabsetzung des Mindestalters für die Strafmündigkeit und Einführung
  - 280 von Verantwortungsverfahren sowie Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heran-
  - 281 wachsende zwischen 18 und 21 Jahren.
  - 282 • Verbesserung des Schutzes vor Enkeltrickbetrügern durch die Ausweitung der polizeili-
  - 283 chen Befugnisse bei der Verfolgung und härtere Strafen, wenn Täter Alter, Erkrankung
  - 284 oder Behinderung des Opfers ausnutzen.
  - 285 • Klares Stoppschild gegen Islamismus: Antisemitische Straftaten oder die Forderung
  - 286 nach einer Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie z.B. durch
  - 287 ein Kalifat, müssen zu einer zwingenden Regelausweisung, zum Versagen eines Aufent-
  - 288 haltstitels und bei Doppelstaatlern zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit füh-
  - 289 ren.
  - 290

## 291 **Für eine verteidigungsfähige Bundeswehr und eine starke Rolle Deutschlands**

292 Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa hat sich seit dem russischen Angriffskrieg  
293 auf die Ukraine deutlich verschlechtert. Für uns ist klar: Wir müssen uns verteidigen können,  
294 um uns nicht verteidigen zu müssen. Daher arbeiten wir für eine verteidigungsfähige Bun-  
295 deswehr. Ganz generell gilt: Überall nehmen Krisen zu und machen nicht an Landesgrenzen  
296 halt. Deutschland muss aus eigenem Interesse mehr Verantwortung in Europa und der Welt  
297 übernehmen, ohne andere mit dem moralischen Zeigefinger zu belehren.

- 298 • Mindestens zwei Prozent, perspektivisch drei Prozent des BIP für eine voll ausgestattete  
299 und verteidigungsfähige Bundeswehr sowie ein klares Bekenntnis zur NATO und unseren  
300 Verpflichtungen. Im Sinne der gemeinsamen Sicherheit wirken wir auch auf unsere Part-  
301 ner in EU und NATO hin, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.
- 302 • Schnelle Einführung einer aufwachsenden Wehrpflicht nach Personalbedarf der Bundes-  
303 wehr. Aus dem Kreis der Gemusterten sollen zuvorderst diejenigen Tauglichen zum  
304 Grundwehrdienst einberufen werden, die ihre Bereitschaft zum Wehrdienst signalisiert  
305 haben. Dazu führen wir starke Anreize ein, wie beispielsweise eine verbesserte Ren-  
306 tenanerkennung, einen Bonus bei der Studienplatzvergabe und Zuschüsse zum Führer-  
307 schein.
- 308 • Perspektivische Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres, das mit der auf-  
309 wachsenden Wehrpflicht zusammengedacht wird.
- 310 • Reform des Beschaffungswesens für höhere Geschwindigkeit, Senkung der Kosten und  
311 mehr Verlässlichkeit für den Aufbau langfristiger Produktionskapazitäten sowie eine bes-  
312 sere Planungssicherheit bei Haushaltsmitteln.
- 313 • Stärkung der Rüstungsindustrie durch den Ausbau von Rüstungsk Kooperationen, der Ver-  
314 besserung der Rahmenbedingungen für die deutsche Rüstungswirtschaft und die Förde-  
315 rung von Start-ups und Innovationen in der Wehrtechnik.
- 316 • Etablierung von verlässlichen Exportregeln für unsere Rüstungsunternehmen und mehr  
317 Zusammenarbeit bei Beschaffung von Material und Ausrüstung in Europa.
- 318 • Aufbau einer modernen Drohnenarmee mit mindestens 100.000 Drohnen. Beschaffung  
319 von bewaffneten Drohnen in allen Größenklassen und leistungsfähigen Luftverteidi-  
320 gungssystemen.
- 321 • Förderung von Bayern als Spitzenstandort für die Rüstungsindustrie und von Drohnen-  
322 technik.
- 323 • Verstärkung der Investitionen in Weltraum- und Cyberfähigkeiten der Bundeswehr sowie  
324 einen europäischen Raketenabwehrschirm.
- 325 • Abschaffung aller Zivilklauseln in Deutschland und Stärkung der Vernetzung von For-  
326 schung und Sicherheitsindustrie. Nationales Bundeswehrgesetz nach bayerischem Vor-  
327 bild.
- 328 • Stärkung der Verankerung der Bundeswehr im öffentlichen Leben und mehr Wertschät-  
329 zung für Soldatinnen und Soldaten durch mehr öffentliche Gelöbnisse und im Rahmen  
330 des jährlichen Veteranentages sowie eine verstärkte Präsenz von Jugendoffizieren an  
331 Schulen.
- 332 • Strukturelle Neuaufstellung und Stärkung der Reserve als Rückhalt für aktive Truppen-  
333 teile durch die Orientierung der Ausbildung und Ausstattung der Reserve an vergleichba-  
334 ren aktiven Truppenteilen.

- 335 • Priorität für interessensgeleitete Realpolitik. Beendigung des ideologischen und behel-
- 336 renden Tons der links-grünen Außenpolitik.
- 337 • Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrats mit einem Nationalen Sicherheitsberater im
- 338 Kanzleramt zur Vernetzung von Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und
- 339 Wirtschaftspolitik mit dem Zweck der gesamtheitlichen Wahrung deutscher Interessen.
- 340 • Mehr Europa nur dort, wo Europa einen Mehrwert für alle schafft. Beispielsweise bei der
- 341 Vertiefung des Binnenmarktes, der Energieunion und dem Stopp der illegalen Migration.
- 342 • Stärkung der transatlantischen Partnerschaft als Fundament der westlichen Welt – ge-
- 343 gerade in bewegten Zeiten – und enge Kooperation insbesondere in Fragen der Handels-
- 344 und Sicherheitspolitik.
- 345 • Sicherstellung der Unterstützung der Ukraine – diplomatisch, humanitär und mit Waffen-
- 346 lieferungen. Ein Sieg Russlands würde Putin zu weiteren Aggressionen ermutigen, die
- 347 Sicherheitslage in Europa dramatisch verschärfen und die Zahl der Flüchtlinge deutlich
- 348 erhöhen.
- 349 • Klares Bekenntnis zur Sicherheit Israels. Israel stehen wir bei seinem legitimen Kampf
- 350 gegen den Terror zur Seite – auch mit Waffenlieferungen.
- 351 • Absenkung der Entwicklungshilfegelder Deutschlands auf das durchschnittliche OECD-
- 352 Niveau, keine Unterstützung für Länder, die ihre Staatsangehörigen nicht zurücknehmen.
- 353 • Überprüfung aller Ausgaben des Entwicklungshaushalts und klare Ausrichtung der Gel-
- 354 der an deutschen Interessen.
- 355

### 356 **Für eine bezahlbare, sichere und saubere Energieversorgung**

- 357
- 358 Die ideologiegetriebene Energiepolitik der Ampel schadet massiv und führt zur Deindustria-
- 359 lisierung unseres Landes. Der überstürzte Ausstieg aus der Kernkraft war ein großer Fehler –
- 360 gerade auch mit Blick auf den Klimaschutz. Denn Klimaschutz geht nur mit einer starken
- 361 Wirtschaft, geht nur global und gemeinsam mit den Menschen. Höhere Preise bei steigen-
- 362 dem Energiebedarf aber verunsichern Millionen von Menschen sowie Unternehmen gleich-
- 363 ermaßen. Für uns ist klar: Energie muss bezahlbar, sicher und sauber sein. Alle Kostentreiber
- 364 müssen auf den Prüfstand.
- 365 • Option Kernkraft offenhalten und Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten
  - 366 Kernkraftwerke prüfen.
  - 367 • Kooperationen mit Frankreich und Tschechien zur Forschung, Nutzung und zum Bau von
  - 368 sicheren und saubereren Kernkraftwerken der neuesten Generation.
  - 369 • Förderung der Erforschung der Kernfusion und Entwicklung von Konzepten wie Small
  - 370 Modular Reactors in Deutschland.
  - 371 • Sinnvoller, kosteneffizienter und beschleunigter Ausbau aller Erneuerbaren Energien so-
  - 372 wie Netzen und Speichern sowie Abbau von Hemmnissen bei Großbatteriespeichern.
  - 373 • Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und Verzicht auf Ausgleichsflächen für den
  - 374 Bau von Erneuerbaren.
  - 375 • Abschaffung des Ampel-Heizungsgesetzes und Beendigung des Hineinregierens in den
  - 376 Heizungskeller.
  - 377 • Technologieoffene Förderung von emissionsarmen Wärmelösungen inklusive des Hei-
  - 378 zens mit Holz.

- 379 • Weiterentwicklung des Handwerkerbonus zum Energiebonus zur besseren Berücksichtigung  
380 von energetischen Sanierungen bei der Einkommenssteuer.  
381 • Absetzbarkeit der Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaftsteuer als An-  
382 reiz für schnelle und effiziente energetische Sanierung des Immobilienaltbestands.  
383 • Vollständige Rückgabe der Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Steuer an Bürger und Unternehmen  
384 durch die Reduzierung der Stromsteuer auf das europäische Minimum für alle und einer  
385 Halbierung der Netzentgelte.  
386

### 387 **Für eine starke heimische Landwirtschaft**

388 Der ländliche Raum und unsere Landwirte sind das Herz und die Seele Bayerns. Sie erzeugen  
389 hochwertige Lebensmittel und leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Ernährungssiche-  
390 rung sowie zum Umwelt-, Klima-, Arten- und Ressourcenschutz. Sie verdienen Wertschätzung  
391 und Vertrauen statt grünem Misstrauen und Gängelung. Für uns ist klar: Unsere Landwirte  
392 brauchen Entlastungen und weniger Bürokratie.

- 393 • Vollständige Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung zur Entlastung der land-  
394 wirtschaftlichen Betriebe.  
395 • Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und voller Einsatz in Brüssel für  
396 eine gute Ausstattung des Agrarbudgets.  
397 • Spürbarer Bürokratieabbau für unsere Land- und Forstwirte sowie Waldbesitzer bei der  
398 Stoffstrombilanz im Düngerecht, dem Bodengesetz, der Taxonomie und der Entwal-  
399 dungsrichtlinie.  
400 • Einführung einer steuerlich begünstigten Risikoausgleichsrücklage zur besseren eigen-  
401 verantwortlichen Risikovorsorge der landwirtschaftlichen Betriebe.  
402 • Klare Ablehnung der zwangsweisen Stilllegung von Flächen, stattdessen Förderung von  
403 innovativen Technologien und nachhaltiger Bewirtschaftung.  
404 • Schutz der Weidetierhaltung und der Teichwirtschaft: Anpassung der entsprechenden  
405 Regelungen im Bundesjagdgesetz und Bundesnaturschutzgesetz zur klaren Regulierung  
406 und Reduzierung des Wolfs- und Fischotterbestands.  
407 • Bekenntnis zur Tierhaltung und zur auskömmlichen Förderung des tierwohlgerichten  
408 Stallumbaus.  
409 • Aufnahme von Ernährungssicherung als Staatsziel in das Grundgesetz zur Stärkung land-  
410 wirtschaftlicher Anliegen in der Gesetzgebung und vor Gerichten.  
411

### 412 **Für die Unterstützung und den Schutz von Familien**

413 Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie geben Stabilität und Sicherheit. Gleich-  
414 zeitig bedeutet Familie auch immer: Leben mit Herausforderungen, von knapper Zeit bis  
415 knapper Kasse. Für uns ist klar: Wir bewerten keine Lebensentwürfe, sondern ermöglichen  
416 sie. Wir geben Familien Raum, um ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können.

- 417 • Schrittweise Anhebung des Kinderfreibetrags in Richtung des Grundfreibetrags der El-  
418 tern sowie eine entsprechende Anhebung des Kindergelds.  
419 • Anpassung des Kindergelds für im EU-Ausland lebende Kinder an die Unterhaltskosten  
420 des jeweiligen Landes.  
421 • Klares Bekenntnis zum Ehegattensplitting, denn eine Abschaffung des Ehegattensplit-  
422 tings wäre eine Steuererhöhung für viele Verheiratete.

- 423 • Unterstützung von Alleinerziehenden durch die Erhöhung des Entlastungsbeitrags auf
- 424 5.000 Euro.
- 425 • Verbesserung von Elternzeit und Elterngeld sowie der Versorgung mit Kinderbetreuungs-
- 426 plätzen.
- 427 • Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.
- 428 • Abschaffung des Selbstbestimmungsgesetzes der Ampel: Der Jugendschutz und das Er-
- 429 ziehungsrecht der Eltern dürfen nicht untergraben werden. Operative Eingriffe vor der
- 430 Volljährigkeit lehnen wir genauso ab wie die Möglichkeit zum jährlichen Geschlechts-
- 431 wechsel mit einfacher Erklärung beim Standesamt.
- 432 • Bekenntnis zum Paragrafen 218 StGB und zur aktuell geltenden Rechtslage zum Schwan-
- 433 gerschaftsabbruch als bewährten gesellschaftlichen Kompromiss – er verbindet das
- 434 Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes.
- 435

### 436 **Für eine Hightech-Agenda für Deutschland**

- 437 Unser bayerisches Rezept gegen Rezession und Stagnation ist eine Hightech-Agenda für
- 438 Deutschland. Statt planwirtschaftlicher Milliardensubventionen von Einzelunternehmen
- 439 brauchen wir Investitionen in eine Hightech-Agenda für das ganze Land. Denn Forschung
- 440 und Innovationen sind der Schlüssel für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit guten Ar-
- 441beitsplätzen. Deutschland muss Kompetenzzentrum und Innovationsstandort für Zukunfts-
- 442technologien werden – von der Luft- und Raumfahrt bis zum Quantencomputing.
- 443 • Entwicklung einer Hightech-Agenda für Deutschland nach bayerischem Vorbild als
  - 444 schlagkräftiges Programm für Forschung, Innovationen, Technologie, Transfer und Grün-
  - 445 dergeist.
  - 446 • Sicherung des Anschlusses unserer Forschungseinrichtungen und Hochschulen an die
  - 447 Weltspitze durch gezielte Förderung unserer Spitzeneinrichtungen.
  - 448 • Vereinfachung von Ausgründungen aus unseren Hochschulen heraus und bessere Ver-
  - 449 netzung von Unternehmen und Geldgebern mit Forschungseinrichtungen.
  - 450 • Stärkung des Technologietransfers in den Mittelstand durch Technologietransferzentren.
  - 451 • Neuauflage eines Batterieforschungsprogramms auf Bundesebene und gezielte Förde-
  - 452 rung des erfolgreichen Bayerischen Zentrums für Batterietechnik in Bayreuth und von
  - 453 TUM Battery in München als nationale Leuchtturmprojekte.
  - 454 • Erhöhung der Ausgaben von Wirtschaft und Staat für Forschung und Entwicklung bis
  - 455 2030 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
  - 456 • Vorfahrt für Forschung: Es gilt die steuerliche Forschungsförderung zu verdreifachen, die
  - 457 Bürokratie bei der Beantragung zu reduzieren und die Bemessungsgrundlage der For-
  - 458 schungszulage auf 12 Millionen Euro pro Unternehmen zu erhöhen.
  - 459 • Anreize für Unternehmertum durch die Befreiung von bürokratischen Vorschriften in der
  - 460 Startphase der Unternehmen durch eine sogenannte „Gründerschutzzone“ und Schaf-
  - 461 fung von attraktiven steuerlichen Bedingungen für Wagniskapital.
  - 462 • Vereinfachung der Beantragung des BAföGs und Verbesserung der Hinzuverdienstmög-
  - 463 lichkeiten.
  - 464

## 465 **Für bezahlbares Wohnen und Mobilität für alle**

466 Die Preise für Wohnen und Bauen sind in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen. Die  
467 Mieten sind für viele Menschen zu hoch, das Bauen unerschwinglich geworden. Um diese  
468 Situation nachhaltig zu ändern, hilft nur eins: mehr, schneller und günstiger bauen. Zudem  
469 müssen alle Vorschriften und Standards kritisch überprüft werden. Beim Verkehr ist für uns  
470 klar: Die Menschen sollen ihre Mobilität frei und ohne Bevormundung wählen können. Dazu  
471 gehört zuvorderst ein Bekenntnis zur individuellen Mobilität – insbesondere zum Auto – und  
472 die Entschlossenheit zur Beseitigung der strukturellen Probleme der Deutschen Bahn.

- 473 • Bezahlbares Bauen durch die Entschlackung des Bauordnungsrechts und Reduzieren von  
474 Vorschriften.
- 475 • Neue Impulse für die Bauwirtschaft: Einführung einer dauerhaft degressiven Abschrei-  
476 bung für Mietwohnungen, einer befristeten Sonderabschreibung für bezahlbaren Miet-  
477 Wohnraum sowie einer Steuerbegünstigung für selbstgenutzten Wohnraum.
- 478 • Verbesserung der Förderbedingungen der Zinsverbilligungsprogramme für Wohneigen-  
479 tum der KfW durch Anhebung der Einkommensgrenzen und die Einbeziehung des Kaufs  
480 von Bestandsimmobilien.
- 481 • Wiedereinführung der Förderfähigkeit des Energieeffizienzstandards EH55 für Neubau-  
482 ten und Sonderabschreibungen für Sanierungen von Mietwohnungen.
- 483 • Einführung von Freibeträgen bei der Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Kauf einer  
484 selbstgenutzten Immobilie von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro  
485 Kind.
- 486 • Bekenntnis zu einem wirksamen und angemessenen Mieterschutz – dazu gehören auch  
487 die Regeln zur Miethöhe.
- 488 • Solide Förderung des sozialen Wohnungsbaus und Verbesserung der steuerlichen Bedin-  
489 gungen für Mitarbeiterwohnungen.
- 490 • Strukturelle Reformen bei der Deutschen Bahn für mehr Leistungsfähigkeit unter ande-  
491 rem durch die Trennung des Infrastruktur- und Transportbereichs sowie Stärkung des  
492 Luftverkehrsstandorts Deutschland.
- 493 • Nein zur Anti-Auto-Haltung: Ablehnung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen,  
494 von Fahrverboten für Innenstädte sowie des ideologischen Umwidmens von Parkplätzen.
- 495 • Bessere Bezahlbarkeit des Führerscheins durch den Abbau von Bürokratie in der Ausbil-  
496 dung, eine verantwortungsvolle Überprüfung der Anforderung an Ausbildung und Ausbil-  
497 der und den Einsatz von Fahrsimulatoren in Teilen der Ausbildung.

## 499 **Für gute Gesundheit und Pflege in Stadt und Land**

500 Unser Gesundheits- und Pflegesystem in Deutschland ist herausgefordert. Die Alterung un-  
501 serer Gesellschaft, der Fachkräftemangel in allen Bereichen des Gesundheitswesens und die  
502 steigenden Kosten erfordern strukturelle Anpassungen in vielen Bereichen. Für uns steht da-  
503 bei immer der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb ist klar: Eine gute Versorgung in puncto Ge-  
504 sundheit und Pflege darf nicht vom Wohnort abhängen. Auch müssen wir in Deutschland  
505 und Europa wieder mehr Medikamente selbst produzieren und Reserven bevorraten.

- 506 • Krankenhausreform nur zusammen mit den Bundesländern und Stärkung einer hoch-  
507 wertigen Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land.
- 508 • Kürzere Wartezeiten für Arzttermine durch die Verbesserung der Patientensteuerung.

- 509 • Bekenntnis zum bestehenden Modell der sozialen Pflegeversicherung und Weiterentwicklung dieser mit einem Finanzierungsmix aus gesetzlicher Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung und eigenverantwortlicher Vorsorge.
- 510
- 511
- 512 • Bekämpfung des Personalnotstands in der Pflege durch mehr Planbarkeit, Aufstiegsmöglichkeiten, Entlastung von Bürokratie und bessere Arbeitsbedingungen, beispielsweise durch Springerpools.
- 513
- 514
- 515 • Verbesserung der häuslichen Pflege und der Situation der pflegenden Angehörigen durch die Möglichkeit des flexibleren Einsatzes pflegerischer Leistungen und der Stärkung der ambulanten Versorgung.
- 516
- 517
- 518 • Verbesserte Prävention durch betriebliches Gesundheitsmanagement, dem Ausbau von Präventionsmaßnahmen und Screenings von Volkskrankheiten.
- 519
- 520 • Sicherstellung der Medikamentenversorgung durch mehr Unabhängigkeit von instabilen Lieferketten und Produzenten in aller Welt durch mehr heimische Produktion – insbesondere für Kinder.
- 521
- 522
- 523 • Aufbau einer staatlichen Notfallreserve für wichtige Medikamente sowie Erhalt von Präsenzapotheken in der Fläche.
- 524
- 525

## 526 **Für unsere Werte, Traditionen und das Ehrenamt statt linke Ideologie**

- 527 Unser Werte, Traditionen und Brauchtümer geben den Menschen in unserem Land Halt,  
 528 Sinn und Heimat. Gerade das Ehrenamt ist ein großartiges Bekenntnis zu unserer Heimat. Es  
 529 sind die ehrenamtlich Engagierten, die unser Land tragen und zusammenhalten, vom Sport  
 530 über die Kultur und den sozialen Ausgleich bis hin zu unserer Sicherheit. Identitätspolitik,  
 531 Cancel-Culture, Gendersprache und Wokeness spalten unsere Gesellschaft und sind antilibera-  
 532 le Ideologien. Wir wehren uns gegen den ideologischen Umbau unserer Gesellschaft.
- 533 • Bekenntnis zu christlichen Traditionen und zur geregelten Kooperation von Staat und  
 534 Kirche.
  - 535 • Grundlage unseres Zusammenlebens sind unsere christlich-jüdisch-abendländischen  
 536 Werte. Das jüdische Leben in Bayern und Deutschland erfüllt uns mit Stolz. Wir werden  
 537 es weiter fördern und schützen und Antisemitismus klar die Stirn bieten. Wer dieses Be-  
 538 streben nicht teilt, kann kein Teil unserer Gesellschaft sein.
  - 539 • Wertschätzung für Vertriebene und Aussiedler durch die Unterstützung der berechtigten  
 540 Anliegen der Sudetendeutschen, aller Heimatvertriebenen und Aussiedler sowie ihrer  
 541 Nachkommen wie beispielsweise die Reform des Fremdrentengesetzes zur Beseitigung  
 542 der rentenrechtlichen Benachteiligungen.
  - 543 • Errichtung einer Stiftung von Bund, Freistaat und Stadt Nürnberg zum dauerhaften Er-  
 544 halt und Betrieb der Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in  
 545 Nürnberg als Erinnerungsort nationaler Bedeutung.
  - 546 • Förderung des Ehrenamts durch die Entlastung von Ehrenamtlichen bei Bürokratie, Da-  
 547 tenschutz und Haftungsfragen und eine deutliche Erhöhung der Ehrenamts- und  
 548 Übungsleiterpauschale.
  - 549 • Ausrichtung von internationalen Sportwettbewerben in Bayern und Deutschland: Bewer-  
 550 bungen für die Austragung internationaler Sportwettbewerbe wie der Olympischen  
 551 Spiele und der Paralympics.
  - 552 • Nein zum Gendern: Ablehnung der Gendersprache im öffentlichen Raum – an Schulen  
 553 und Universitäten, im Rundfunk und der Verwaltung.

- 554 • Alle Förderungen von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) durch die Bundesregie-  
555 rung auf den Prüfstand stellen. Keine Finanzierung linker Vorfeldorganisationen durch  
556 Steuermittel.
- 557 • Reform des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks für ein Informationsangebot, das nicht  
558 überwältigt, belehrt oder bevormundet, nicht tendenziös oder einseitig ist. Verpflichtung  
559 des ÖRR zu seinem Kernauftrag: Sparsamkeit, mehr Meinungsvielfalt und Neutralität.

# ENTWURF